



Alexander Dill

Dein Staat gehört Dir!

TELEPOLIS

Ein Abschiedsbrief an das Wutbürgertum
mit einem Geleitwort von Jochen Hörisch



TELEPOLIS

magazin der netzkultur

→ www.telepolis.de

Das Online-Magazin TELEPOLIS wurde 1996 gegründet und begleitet seither die Entwicklung der Netzkultur in allen Facetten: Politik und Gesetzgebung, Zensur und Informationsfreiheit, Schutz der Privatsphäre, wissenschaftliche Innovationen, Entwicklungen digitaler Kultur in Musik, Film, bildender Kunst und Literatur sind

die Kernthemen des Online-Magazins, welche ihm eine treue Leserschaft verschafft haben. Doch TELEPOLIS hat auch immer schon über den Rand des Bildschirms hinausgesehen: Die Kreuzungspunkte zwischen realer und virtueller Welt, die »Globalisierung« und die Entwicklung der urbanen Kultur, Weltraum und Biotechnologie bilden einige der weiteren Themenfelder.

Als reines Online-Magazin ohne Druckausgabe nimmt TELEPOLIS damit eine einzigartige Stellung im deutschsprachigen Raum ein und bildet durch seine englischsprachige Ausgabe und seinen internationalen Autorenkreis eine wichtige Vermittlungsposition über sprachliche, geografische und kulturelle Grenzen hinweg. Verantwortlich für das Online-Magazin und Herausgeber der TELEPOLIS-Buchreihe ist Florian Rötzer.

Die TELEPOLIS-Bücher basieren auf dem Themenkreis des Online-Magazins. Die Reihe schaut wie das Online-Magazin über den Tellerrand eingefahrener Abgrenzungen hinaus und erörtert Phänomene der digitalen Kultur und der Wissensgesellschaft.

Eine Auswahl der bisher erschienenen TELEPOLIS-Bücher:

Alfred Krüger

Angriffe aus dem Netz

Die neue Szene des digitalen Verbrechens
2006, 220 Seiten, 19 €

Peter Bürger

Bildermaschine für den Krieg

Das Kino und die Militarisierung der
Weltgesellschaft
2007, 224 Seiten, 18 €

Andreas Lober

Virtuelle Welten werden real

Second Life, World of Warcraft & Co:
Faszination, Gefahren, Business
2007, 174 Seiten, 16 €

Stephan Schleim

Gedankenlesen

Pionierarbeit der Hirnforschung
2008, 184 Seiten, 18 €

Rainer Sommer

Die Subprime-Krise und ihre Folgen

Von faulen US-Krediten bis zur Kernschmelze
des internationalen Finanzsystems
2009, 232 Seiten, 19 €

Stefan Weber

Das Google-Copy-Paste-Syndrom

Wie Netzplagiate Ausbildung und
Wissen gefährden
2., aktualisierte Auflage
2009, 196 Seiten, 16 €

Klaus Schmeh

Versteckte Botschaften

Die faszinierende Geschichte der
Steganografie
2009, 246 Seiten, 18 €

Matthias Brake

Mobilität im regenerativen Zeitalter

Was bewegt uns nach dem Öl?

2009, 154 Seiten, 16 €

Matthias Becker

Datenschatten

Auf dem Weg in die Überwachungs-
gesellschaft?

2010, 182 Seiten, 16,90 €

Lothar Lochmaier

Die Bank sind wir

Chancen und Perspektiven von
Social Banking

2010, 160 Seiten, 15,90 €

Harald Zaun

**SETI – Die wissenschaftliche Suche
nach außerirdischen Zivilisationen**

Chancen, Perspektiven, Risiken

2010, 320 Seiten, 19,90 €

Stefan Selke, Ullrich Dittler (Hrsg.)

**Postmediale Wirklichkeiten aus
interdisziplinärer Perspektive**

Weitere Beiträge zur Zukunft der Medien

2010, 256 Seiten, 19,90 €

Stephan Schleim

Die Neurogesellschaft

Wie die Hirnforschung Recht und Moral
herausfordert

2011, 218 Seiten, 18,90 €

Astrid Auer-Reinsdorff, Joachim Jakobs,
Niels Lepperhoff

Vom Datum zum Dossier

Wie der Mensch mit seinen schutzlosen
Daten in der Informationsgesellschaft
ferngesteuert werden kann

2011, 182 Seiten, 16,90 €

Marcus B. Klöckner

9/11 – Der Kampf um die Wahrheit

2011, 218 Seiten, 16,90 €

Hans-Arthur Marsiske

**Kriegsmaschinen – Roboter im
Militäreinsatz**

2012, 252 Seiten, 18,90 €

Nora S. Stampfl

Die verspielte Gesellschaft

Gamification oder Leben im Zeitalter des
Computerspiels

2012, 128 Seiten, 14,90 €

Jörg Friedrich

Kritik der vernetzten Vernunft

Philosophie für Netzbewohner

2012, 176 Seiten, 16,95 €

Weitere Informationen zu den TELEPOLIS-Büchern und Bestellung unter:

→ www.dpunkt.de/telepolis



Foto von Alois Kramer

Der 1959 in München geborene und in der Studentenrevolte antiautoritär erzogene Alexander Dill promovierte in Soziologie, bevor er in die Wirtschaft ging. Nachdem er unter anderem Biomasseheizwerke plante, das deutsche Auslandsmarketing koordinierte und die Softwareschmiede »Internetkloster« gründete, kehrte er 2009 in seinen Beruf als Soziologe zurück: Der Vater von drei Söhnen gründete das Basel Institute of Commons and Economics, das auf die Messung von Sozialkapital spezialisiert ist. Alexander Dill schreibt wöchentlich auf Telepolis und ist durch seine Stellungnahmen zu Politik und Wirtschaft in der kritischen Öffentlichkeit bekannt.

Seine wichtigsten Bücher:

- »Philosophische Praxis – eine Einführung«, Frankfurt 1990 (Fischer-Verlag)
- »Marketing für Deutschland – mit einem Vorwort von Dr. Helmut Kohl«, Teisendorf 1997 (WJD)
- »Die Erfolgsfalle«, München 2006 (Random House)
- »Gemeinsam sind wir reich«, München 2012 (Oekom-Verlag)

Alexander Dill

Dein Staat gehört Dir!

Ein Abschiedsbrief an das Wutbürgertum

Mit einem Geleitwort von Jochen Hörisch

Alexander Dill, dill@commons.ch

Reihenherausgeber: Florian Rötzer, München, fr@heise.de

Lektorat: Dr. Michael Barabas

Copy-Editing: Susanne Rudi, Heidelberg

Herstellung: Miriam Metsch

Umschlaggestaltung: Hannes Fuß, www.exclam.de

Druck und Bindung: M.P. Media-Print Informationstechnologie GmbH, 33100 Paderborn

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN:

Buch 978-3-944099-01-9

PDF 978-3-944099-60-6

ePub 978-3-944099-61-3

1. Auflage 2013

Copyright © 2013 Heise Zeitschriften Verlag GmbH & Co KG, Hannover

Die vorliegende Publikation ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte vorbehalten. Die Verwendung der Texte und Abbildungen, auch auszugsweise, ist ohne die schriftliche Zustimmung des Verlags urheberrechtswidrig und daher strafbar. Dies gilt insbesondere für die Vervielfältigung, Übersetzung oder die Verwendung in elektronischen Systemen. Alle Informationen in diesem Buch wurden mit größter Sorgfalt kontrolliert. Weder Herausgeber, Autor noch Verlag können jedoch für Schäden haftbar gemacht werden, die in Zusammenhang mit der Verwendung dieses Buches stehen.

5 4 3 2 1 0

*Ich danke meinen Eltern Bergith und Richard Dill
für 54 Jahre antiautoritäre Erziehung.*

Inhaltsverzeichnis

	Geleitwort	3
	Vorwort	11
I	Deine Straße – Dein Schlagloch	13
II	Dein Bürgersteig – Jetzt über Querneigung und Seitenraumbreite abstimmen!	15
III	Deine Schule – Tagesaufbewahrung oder Ort der Erkenntnis?	19
IV	Deine Polizei – Warum du nicht erfährst, wie gering die Kriminalität ist	25
V	Deine Bahn – Warum es ihr nicht hilft, wenn du sie verurteilst	31
VI	Deine Regierung – Warum du sie in Ruhe lassen sollst	37
VII	Dein Finanzamt – Dein heimlicher Verbündeter	45
VIII	Dein Recht – Was du nicht besitzt, kannst du auch nicht verlieren	53
IX	Dein Gesundheitswesen – Warum es für alle billiger wird, wenn du dir deine Krankheit selbst aussuchst	61
X	Deine Wirtschaft – Warum der mittlere Preis für alle am günstigsten ist	69
XI	Deine Armee – Warum unsere Diplomaten die Soldaten überflüssig machen	77
XII	Dein Europa – Wellnessoase oder Bürokratiemonster?	83
XIII	Deine Energie – Unerwarteter Überfluss statt bedrohlicher Knappheit	89

XIV	Deine Natur – Hausbesuch vom Luchs	93
XV	Dein Fernsehen, dein Radio, dein Nestworking – Hoch lebe die GEZ!	97
XVI	Deine Denker – Anreger statt Lehrer	103
XVII	Stell' dir vor ...	109
XVIII	Die Moral zieht um: von den Regierenden zu den Regierten	121
XIX	Wie wäre es mit mehr Bundesländern?	125
XX	In deinem Staat bist du nicht die Ausnahme, sondern die Regel	133
XXI	Der Nutzen des Gefäßes ist dort, wo es nicht ist	137
XXII	Eine neue Formel für gerechte Altersversorgung: $X = Y:2$	141
XXIII	Der neue Wettbewerb um die niedrigste Rendite	147
XXIV	Abschied vom Miserabilismus	151
XXV	Die Postmoderne begann 1799	155
XXVI	Für eine neue Bürgerlichkeit	161
XXVII	Manifest des Bürgertums: Zwölf Dinge, die du ohne Gesetze und Reformen tun kannst	167
	Personenregister	171

*»Bürger! Die Revolution ist zu den Grundsätzen zurückgekehrt,
von denen sie ausging, sie ist zu Ende.« (Napoleon I., 1799)*

Geleitwort

Verdrossenheit an der Staats- und Politikverdrossenheit

Jochen Hörisch

Wir sind der Staat – Alexander Dills Essay beruht auf einer ebenso klaren wie starken Intuition. In Demokratien ist es glücklicherweise möglich, ohne Angst vor Repressalien laut und öffentlich auf »die Politik« und »die Politiker« zu schimpfen. Anlass dazu gibt es zuhauf, wer würde das bezweifeln, wer hätte dafür nicht schlagende Beispiele parat (auch Alexander Dills Essay bezieht seine Vitalität nicht zuletzt aus seinen lebensweltlichen Beispielen)? Sonderlich sinnvoll aber ist diese Schelte nicht. Denn »wir« haben die Politiker gewählt beziehungsweise auf die Wahrnehmung unsres Wahlrechts verzichtet, und wir sind nur in Ausnahmefällen bereit, uns selbst politisch zu engagieren. Demokratie aber heißt und ist nun einmal die Herrschaft des Volkes. Dass sie stets verbesserungsbedürftig ist, versteht sich von selbst. Es ist in solchen Kontexten geradezu obligatorisch, die berühmten Worte Winston Churchills vom 11. November 1947 bei einer Rede im britischen Unterhaus zu zitieren: »Demokratie ist die schlechteste aller Regierungsformen – abgesehen von all den anderen Formen, die von Zeit zu Zeit ausprobiert worden sind.« Eben dies aber ist das Versprechen der schlechten Regierungsform Demokratie: dass sie etwas und dass sie selbst sich ändern lässt. Änderungen setzen einen Wandel von Einstellungen voraus. Und für eben die plädiert Alexander Dills Essay. Er erinnert an die Grundidee von Demokratie: Wir sind der Staat. Und er schlägt, um eine schöne Formulierung von Kleist zu bemühen, vor, dass »wir« Bürger eines demokratischen Staates uns »durch eine schöne Anstrengung mit uns selbst bekannt machen« – also daran erinnern, wer wir sind und was wir tun können. In mehreren Einzelpunkten (u.a. was die Einschätzung einzelner Politiker und Theoretiker angeht, aber auch im Hinblick auf die deutsche Gedächtnispolitik) teile ich nicht die Ansichten von

Alexander Dill. Demokratie aber ist kultivierter Streit um Differenzen, sie ist, wie der Diskurs (von. lat. *discurrere* = in unterschiedliche Richtungen laufen), gegen die naiven Annahmen von Habermas und Habermas-Schülern dissens-, nicht konsensorientiert. Schon mit der Titelformulierung dieses Essays begibt sich Alexander Dill streitlustig in Dissens mit der bei vielen herrschenden Meinung: Der Staat ist nicht der böse Andere, der im Finanzamt seine bedrohliche Inkarnation findet, vielmehr sind wir, ob wir wollen oder nicht, der Staat. Besser ist es allerdings, wenn wir das wollen und also ebenso mitreden wie mithandeln.

Was auch immer in Deutschland und Europa schiefliegt – der Staat, die Politik ist schuld. Konkreter: die Politiker, diese Pappnasen, diese Stümper, diese Laienschauspieler. Der Staat ist überschuldet: Schuld daran trägt »der Staat, die Politik«, tragen »die Politiker«. Die Deutschen sterben aus: Verantwortlich dafür ist »die Politik«. Extreme Wetterlagen häufen sich: na klar, bei dieser Politik. Die Kinder werden immer aggressiver: kein Wunder bei der Schulpolitik. Banken brechen zusammen: Der Staat hat nicht aufgepasst. Die Renten werden geringer und sind nicht mehr sicher: Die Schuld liegt bei den Politikern. Dass jeder erwachsene Deutsche nicht nur, aber besonders dann, wenn er Medienarbeit macht, besser durchblickt und edleren Charakters ist als »die Politiker«, ist so klar wie nur irgendetwas, so überevident wie der Umstand, dass kein Zweiter beziehungsweise Dritter so gut Auto fährt wie Sie, verehrter Leser, und ich. Jeder von uns, die wir uns, fein, wie wir sind, aus dem schmutzigen politischen Geschäft heraushalten (die sollen dankbar sein, wenn wir überhaupt noch wählen gehen), wäre, na klar, der bessere Bundeskanzler, die bessere Familienministerin, der bessere Finanzminister, die bessere Ministerpräsidentin, der bessere Oberbürgermeister, der bessere Abgeordnete – das weiß doch jeder. Was Charakterstärke und Stil angeht, können selbst Spitzenpolitiker auf exquisit feinen Positionen wie der des Bundespräsidenten mit dem Rest der Welt nicht mithalten. Die ZDF-Topjournalistin Bettina Schausten bezahlt selbstverständlich, wie sie im Fernsehgespräch den verblüfften damaligen Bundespräsidenten Wulff wissen ließ, wenn sie bei Freunden übernachtet; beim Chefredakteur der Bild-Zeitung Kai Diekmann, der nach eigener Aussage dafür sorgte, dass Wulff im Aufzug hinauffuhr, und dann noch verantwortungsvoller dafür sorgte, dass er auch wieder heruntersauste, weil er einen günstigen Baukredit in Anspruch genommen und weitere Verstöße begangen hatte, ist a priori ausgeschlossen, dass er dergleichen Verbrechen begeht. Günther Jauch und Thomas Gottschalk, Michael Schumacher und Boris Becker sind sowieso über jeden Verdacht erhaben (etwa unangemessen hohe Vortragshonorare zu kassieren oder ihre Steuerabgaben zu

optimieren oder für Schleichwerbung zu kassieren); die leisten ja auch was. Aber diese Politiker!

Dass der Staat nichts taugt, der solche Politiker hat, versteht sich von selbst. Und so scheint nichts einleuchtender zu sein als der Umstand, dass das Wort »Politikverdrossenheit« schon 1992, also vor mehr als zwanzig Jahren, so verbreitet und populär war, dass es von der Gesellschaft für deutsche Sprache zum Wort des Jahres erklärt wurde und zusammen mit Wörtern wie Staats-, Politiker- und Parteienverdrossenheit schnell Eingang in den Duden fand. Seitdem hat die Staats- und Politikverdrossenheit nicht abgenommen. Einige wenige Politiker akzeptieren immerhin, dass mit diesem Staat kein Staat zu machen ist, und ziehen sich aus der Politik zurück, sie verzichten großmütig auf die Privilegien, die sich die Politiker untereinander zuschanzen, und arbeiten aufopferungsvoll und möglichst staatsfern in der Bauindustrie, bei Banken oder Verbänden.

Seltsam ist an der seit Jahrzehnten wachsenden Staats- und Politikverdrossenheit in Deutschland (aber nicht nur in Deutschland) neben dem Umstand, dass sie milieuübergreifend bei Konservativen und Progressiven, bei Liberalen und Piraten, bei Jungen und Alten, bei Frommen und Atheisten erklingt, zumindest dreierlei. Erstens galt gerade Deutschland über Jahrhunderte als das staatsreue, untertänige, obrigkeitshörige und ordnungsliebende Land schlechthin. Frenetischer wurde der Obrigkeitsstaat, in monströser Konsequenz der Führerstaat und mit ihm ein kaltblütiger Massenmörder, der beschlossen hatte, Politiker zu werden, nicht gefeiert und bejubelt als in Deutschland. Es kann auch nicht ernsthaft davon die Rede sein, dass nach dem totalen Zusammenbruch des starken (Nazi-)Staates 1945 sofort alle obrigkeitsstaatlichen Traditionen in Deutschland gekappt wurden. In der DDR sowieso nicht, in der Bundesrepublik hielten sich zumindest bis 1968 noch starke, von der Bevölkerung weitgehend gewollte obrigkeitsstaatliche Muster. Die Staats- und Politik(er)verachtung der jüngeren Zeit als (nachgeholt) Antifaschismus zu verstehen, ist keine plausible Hypothese. Was es nicht leichter macht, sie zu erklären – so wenig wie (zweitens) der Umstand, dass die begrifflich und mental um 1990 zu sich kommende Staats- und Politikverdrossenheit in eine Zeit fällt, die nicht zu den übelsten Epochen der deutschen und europäischen Geschichte zählt. Politikverdrossene Deutsche konnten auf eine mehr als vierzigjährige Friedenszeit, einen bis dato unbekannteren Massenwohlstand, eine funktionierende Demokratie mit gewaltlosen Regierungswechseln, neue lebensweltliche Freiheiten, eine reiche und liberale Kultur, eine Sensibilisierung gegen Gewalt (sei es familiäre, sei es kriegerische) und nicht zuletzt auf das unblutige Ende des Kalten Krieges und die deutsche Wiedervereinigung zurückschauen. Alles wird immer schlimmer, so

viele Gründe für Politikverdrossenheit gab es nie – wer von denen, die 1950, 1970 oder 1990 das Licht der Welt erblickten und sich diese verbreiteten Sätze zu eigen machen, wäre ernsthaft lieber 1930, 1910 oder 1890 und also in Weltkriegs-, Massenmord- und Vertreibungszeiten hineingeboren?

Zu den nicht nur auf den ersten Blick rätselhaften Aspekten der deutschen Staats- und Politikverdrossenheit zählt es drittens, dass sie im großen Maßstab einsetzt und in dem Maße ansteigt, in dem sich der Staat und die Politik aus vielen Sphären zurückziehen. Es ist einfach sachlich unhaltbar zu behaupten, der (deutsche) Staat sei in den letzten Jahrzehnten immer bedrohlicher, stärker, gewaltsamer, umfassender geworden, er greife immer mehr in die Freiheiten des einzelnen Bürgers ein. Das Paradox ist schwer zu überbieten (und eben deshalb vergleichsweise leicht zu erklären): Der Staat, die Politik werden in genau dem Maße zunehmend für Fehlentwicklungen aller Art verantwortlich gemacht, in dem sich Staat und Politik aus weiten Feldern zurückziehen. Die Erinnerung an einige wenige, aber gewiss nicht periphere Daten genügt, um das zu illustrieren. Es gibt keine Wehrpflicht mehr – was war das für ein massiver Eingriff des Staates in das Leben junger Männer. Die Bahn, die Post und die Telekommunikation sind weitgehend entstaatlicht. Dass der Staat etwa über Homosexualitäts- und Kuppeleiverbot noch bis in die 80er Jahre hinein die erotischen Lebensformen seiner Bürger gängeln wollte (und z.T. konnte), können Nachgeborene kaum mehr glauben. Ob Müllabfuhr, ob Ausbildung (private Schulen und Hochschulen), ob Sicherheitsdienste, ob Zusatzrente: Bis auf die lustige und frustige Ausnahme Rauchverbot hat sich die staatliche Kontroll- und Reglementierungslust in einer Dimension zurückentwickelt, die 1960 und noch 1980 kaum einer für möglich gehalten hätte. Nie war der Staat, der für alles Miese, Schief laufende, Schlechte verantwortlich sein soll und der so viel Verdrossenheit provoziert, für weniger verantwortlich als heute.

Selbstredend kann man genau dies (wohl mit besten Gründen) an der Politik der letzten Jahrzehnte kritisieren: dass sie sich selbst zurückgenommen und aus weiten Tätigkeitsfeldern zurückgezogen hat. Aber genau dies hat die Politik, haben die Politiker ja nicht gegen den erbitterten Widerstand der Bevölkerung getan, sondern weil entsprechende Programme in demokratischen Wahlen Mehrheiten fanden. Die publikumswirksamen Stichworte für eine solche Politik der Politikschwächung hießen »Liberalisierung«, »Privatisierung« und »Deregulierung«. Mittlerweile mehren sich Zweifel daran, ob große Firmen und Manager wirklich besser mit Geld umgehen können als die viel gescholtene öffentliche Hand. Machen Sie, verehrte Leserin, verehrter Leser, den Selbsttest: Würden Sie Ihr Geld lieber Managern wie Schrepp, Middelhoff, Esch, Oppenheim und Wiedeking anvertrauen als dem jeweiligen

Bundesfinanzminister? Vertrauen Sie eher darauf, dass ein Medienimperium (wie Facebook) oder dass »der Staat« sorgfältig mit Ihren Daten umgeht? Halten Sie die Einkommen von Ministern oder die von Bankern und Managern für übermäßig? Haben Sie wirklich Geld gespart, wenn sie von einer Steuersenkung profitieren, aber Ihre Kinder auf eine Privatschule schicken müssen, weil die öffentlichen Schulen nicht mehr gut genug sind? Wer so fragt, macht sich auch deshalb unbeliebt, weil er das allseits beliebte Argumentationsschema (Argumentation?) »Der Staat, die Politik ist schuld« in Frage stellt. Aber es wird Zeit, sich von allzu bequemen Schemata, die am Stammtisch wie in weiten Teilen der Politikwissenschaft gleichermaßen präsent sind, zu verabschieden.

Wie hartnäckig die Kommunikationsblockade zwischen »der Politik« und der Bevölkerung ist, wird immer wieder deutlich. Nur zwei jüngere Beispiele: Der neue Berliner Großflughafen wird und wird nicht fertig, aber teurer und teurer – und viele Medien verlangen den Rücktritt des Berliner Regierenden Bürgermeisters, nicht aber Schadensersatzzahlungen von falsch kalkulierenden und zu viele Subunternehmen beschäftigenden Managern. Dabei weiß wirklich jeder, dass der Rücktritt eines Politikers schier nichts zur Lösung des Sachproblems beiträgt. Er aber ist »verantwortlich«. So gut wie alle machen sich über die unverbindliche und ritualisierte Sprache von Politikern (»Ich gehe davon aus, dass ...«, »Die Leute draußen im Lande«, »Es war ein konstruktives Gespräch«) lustig und wünschen sich Köpfe, die Klartext reden. Wenn aber genau dies geschieht, wird der Politiker, der als glänzender Redner bereit ist, auf munter fließende Vortragshonorare zu verzichten und um das politische Spitzenamt der Republik zu kämpfen, buchstäblich weg- und abgeschrieben – von eben denjenigen, die sich über austauschbare Politiker-Darsteller aus nachvollziehbaren Gründen lustig gemacht haben. Für die heutige Politik gilt: Sie kann es nur falsch machen.

Hochproblematisch ist dieses mittlerweile ziemlich fest eingerastete Schema, weil es die Grundintuition jedes demokratischen (und eben nur des demokratischen!) Staates bedroht: dass wir der Staat sind. Wer es anspruchsvoller und in Hegel'scher Diktion haben will: Der demokratische Staat ist das Andere unsrer selbst. Wer über Politiker schimpft, muss auch über die schimpfen, die sie gewählt haben – Wählerkritik aber ist anders als Politikerbeschimpfung das große Tabu der Demokratien. Wer nicht wählen geht, kann nicht für falsche Entscheidungen mitverantwortlich gemacht werden. Dennoch ist er nicht fein raus. Denn er tut eben in aller Regel – nichts. Wer allzu viel oder gar alles, was politisch läuft, grundfalsch findet, kann sich selbst ins politische Geschäft stürzen, wird aber dann bald die Erfahrung machen, wie zeit- und energieaufwendig und wie mäßig lohnend das ist und

– wie gering die Aussichten darauf sind, der einzige Politiker zu werden, dem alle Anerkennung und Dankbarkeit bezeugen.

Besonders deutlich wird das Dilemma eines Politik- und Staatsverständnisses, das Politik und Staat zum Adressaten macht, der an allen Fehlentwicklungen schuld ist, bei einem Problem, das nicht umsonst dem Schuldproblem begrifflich engstens verwandt ist: dem (Staats-)Schuldenproblem. Die öffentliche Hand in Deutschland (Bund, Länder und Kommunen) hat bei moderater Rechnung deutlich mehr als zwei Billionen (zweitausend Milliarden) Schulden. Schuld an dem hohen Schuldenstand haben, wer sonst, die Politik, der Staat – so die gängige Rede nicht nur an Stammtischen, sondern auch im Qualitätsjournalismus, bei Volkswirten und Politikwissenschaftlern. Selbst wenn man dieser nicht sehr originellen Zuschreibung der Schuld für Staatsschulden zustimmt, ändert das nichts an dem schlichten Umstand, dass diese Staatsschulden in einem sehr handfesten Sinn unsre Schulden sind, ob es uns passt oder nicht. Wer anders argumentiert und etwa »die Politiker« verpflichten will, die trübe Schuldensuppe auszulöffeln, die sie gekocht haben, kommt schnell in Schwierigkeiten. Populär, wenn auch rechtlich bedenklich wäre möglicherweise der Vorschlag, alle Berufspolitiker in Steinbrüchen so lange arbeiten zu lassen, bis die gut zwei Billionen Schulden ausgeglichen sind – die Summe käme nicht herein, selbst dann nicht, wenn man alle Berufspolitiker zur Strafe zusätzlich enteignen würde. Die Staatsschulden sind und bleiben unsre Schulden; wir werden sie so oder so abtragen müssen. Genau dies aber wird nicht wahrgenommen, wenn man der dämlichen (pardon) »Die Politik ist schuld«-Rhetorik verhaftet bleibt.

Wir sind der Staat, die Schulden der öffentlichen Hand sind unsre Schulden – ob wir wollen oder nicht, ob wir das einsehen oder nicht. Allerdings sind semantische und transsemantische Kämpfe um die Pronomen »wir« und »unser« unvermeidbar. Die Kämpfe um die Beantwortung der Frage, wer von uns genau welchen Anteil an den aufgelaufenen Schulden zu begleichen hat, gewinnen erst langsam an Profil – nämlich genau in dem Maße, in dem nach und nach klar wird, dass die so verbreitete wie denkfaule und bequeme Rede »die Politik, der Staat, die Politiker« analytisch und funktional unhaltbar ist. Die Probleme um die Staatsschuldenkrise sind – wie sollte es anders sein, wer wüsste das nicht – hoch komplex. Und doch lässt sich ihre Grundstruktur präzise angeben: Es gibt sehr viel Quasi-Geld, von dem aber dahinsteht, ob es tatsächlich in geltendes und allgemein akzeptiertes Geld konvertiert werden kann. In anderen Worten: Es gibt irritierend viele nicht gedeckte Zahlungsansprüche bei vielen sehr unterschiedlichen Gruppen. Um nur einige wenige zu nennen: Wer griechische Staatsanleihen, Lehman-Brothers-Papiere, Einlagen bei Madoff oder Tagesgelder bei einer Bank hat, die das Dreifache der von

Konkurrenzinstituten gebotenen Zinsen verspricht, wird wohl einen erheblichen Teil seiner Einlagen abschreiben müssen. Sie lassen sich nicht a pari in »richtiges Geld« konvertieren. Aber auch wer in zehn, zwanzig oder dreißig Jahren Renten- und Pensionsansprüche geltend machen will oder wer der Modellberechnung seiner in zwanzig Jahren fälligen Lebensversicherung Glauben geschenkt hat, muss mit dem so dunklen wie präzisen Gefühl leben, dass die Summe, die da auf dem Papier steht, ein übertriebenes Kaufkraftversprechen darstellt.

Kurzum, zur Diskussion steht, wer sich welche Ansprüche auf Geldzahlungen abschminken muss: wir. Aber wer von uns genau? Das Spiel, das mit dieser Frage in Gang gekommen ist, wird nicht sehr originell gespielt. Leute mit gut gefüllten Depots bei vom Crash bedrohten Banken insistieren darauf, dass diese Banken vom Steuerzahler stabilisiert werden, weil sie »systemrelevant« sind. Der nicht verbeamtete Teil der Bevölkerung hat keine Einwände gegen die Kürzung von Beamtenbezügen. Junge Leute finden, dass die Rentenbezüge der älteren Generation zu hoch sind. Ältere wollen, dass künftige Generationen, am besten die heute noch nicht Geborenen, die Schulden begleichen. Reiche halten die Hartz-IV-Sätze für zu hoch und wollen sie zurückfahren. Boni-Empfänger finden den Vorschlag abwegig, es solle auch Mali geben. Und es gibt auch heute noch Leute, die finden, man könne doch Reiche enteignen und es zum hundertsten Mal mit einem Staatssozialismus versuchen. Möglich sind diese und viele andere verbreitete schlichte, mit Verlaub: nicht originelle bis langweilige Ansichten, weil kaum einer wahrnimmt, dass die Staatsschulden so oder so »unsere« Schulden sind – wessen Schulden denn sonst? Alexander Dills Vorschlag ist kommunitaristisch im besten Sinne (s. die Initiative www.burrawirtilgen.de): Wir akzeptieren, dass diese Schulden unsre sind und nicht die »der Politiker«, und wir alle zahlen unsre Schulden zurück. Gut zwei Billionen Euro Staatsschulden der öffentlichen Hand in Deutschland stehen, zurückhaltend geschätzt, zehn Billionen Euro liquides Privatvermögen gegenüber. Man muss kein Volkswirt sein (Volkswirte haben häufig feste bis fanatische Glaubensüberzeugungen¹ und lassen sich von solchen Vorschlägen nicht beeindrucken), um die gut 20.000 Euro Schulden, die jeder Bundesbürger hat, auf zehn Jahre umzurechnen und zu dem Ergebnis zu kommen, dass man mit im Schnitt monatlich 166 Euro über zehn Jahre eine völlige Schuldentilgung erreicht hätte (die eingesparten Zinsen – der Schuldendienst ist selbst in Niedrigzinszeiten der zweitstärkste Etatposten des Bundes – nicht mit eingerechnet). Als sinnvolles Kriterium soll gelten, dass bei der Ver-

1) Vgl. Jochen Hörisch: Man muss dran glauben – Die Theologie der Märkte, München (Fink) 2013